

Perspektiven für die Lausitz

Die Braunkohle ist mit einem Anteil von gut 23 Prozent nach wie vor eine tragende Säule der deutschen Stromversorgung. Mit dem beschlossenen Ende der Kernenergienutzung gewinnt die Stromerzeugung aus heimischer Braunkohle an Bedeutung. Zudem prägen der Tagebau, die Stromerzeugung und viele davonabhängige Arbeitsplätze die wirtschaftliche Struktur und den Wohlstand ganzer Regionen – so auch der Lausitz. Allein das Auftragsvolumen der Bergbau- und Kraftwerk-treibenden innerhalb der Region liegt bei 700 bis 900 Millionen Euro pro Jahr. Aktuell und in realistischer Perspektive sind weder technisch noch strukturell Entwicklungen abzusehen, die einen nennenswerten oder gänzlichen Verzicht auf diesen grundlastsichernden und den Verbraucherpreis stabilisierenden Energieträger erlauben.

Die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen wird in öffentlichen Diskussionen in ein Spannungsverhältnis zu den vereinbarten Klimaschutzziele und der Energiewende gesetzt. Dabei wird kaum beachtet, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits enorme Fortschritte bei der Reduzierung von Emissionen erzielt wurden und durchaus noch technologische Potentiale zur Verbesserung der Umweltbilanz bestehen. Wenn im Rahmen der anstehenden Regierungsbildung über Zielsetzungen im Bereich der Klima- und Energiepolitik diskutiert und beraten wird, müssen dabei die Aspekte Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit in einem gleichberechtigten Verhältnis stehen.

Im Bereich der Braunkohle heißt das, dass Veränderungen gegenüber dem jetzigen Status nicht nur anhand der Klimaschutzziele und möglicher CO₂-Reduzierungen beurteilt werden können. Vielmehr müssen auch die Auswirkungen auf den gesamten Energiesektor (Versorgungs- und Preisentwicklung) und vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitsplätze und Wertschöpfung) in den Energieregionen umfassend berücksichtigt werden. Ein schneller Ausstieg aus der Braunkohlenförderung und -verstromung bedeutet den Verlust eines wichtigen industriellen Kerns der Region mit gravierenden Folgen für den wirtschaftlichen Wohlstand.

Darüber hinaus sind im Rahmen eines Beschlusses zum Braunkohleausstieg zu klären, dass die Renaturierung der ehemaligen Tagebauflächen, die Finanzierung der Kompensation der ökologischen Nachwirkungen des Braunkohletagebaus sowie der Rückbau der stillgelegten Kraftwerke gesichert werden.

Hinzu kommen weitere wichtige wirtschaftliche Komponenten, die in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden müssen. Dazu gehört das Thema REA-Gips. REA-Gips wird in großem Umfang bei der Entschwefelung der Rauchgase von Kohlekraftwerken gewonnen und deckte im Jahr 2013 zu rund 60 Prozent den deutschen Gipsbedarf. Ein weiterer Aspekt ist die Fernwärmeversorgung. Aktuell ist eine Reihe von Lausitzer Kommunen bei der Fernwärmeversorgung von Braunkohlekraftwerken abhängig.

Zudem hat ein Ausstieg umfangreiche Einschränkungen bei der Entsorgung von Klärschlämmen und Abfällen zur Folge. So wurden im vergangenen Jahr in den Lausitzer Braunkohlekraftwerken Jänschwalde, Boxberg und Schwarze Pumpe rund 800.000 Tonnen Abfall mitverbrannt. Abschließend muss die Diskussion um einen Braunkohleausstieg die negativen Auswirkungen auf die Kommunalhaushalte berücksichtigen.

Wir sind uns dabei sehr wohl bewusst, dass uns insbesondere der Klimawandel vor die Herausforderung stellt, Ökologie und Ökonomie in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dieser Verantwortung stellt sich die Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört unseren im internationalen Wettbewerb stehenden Energieunternehmen eine langfristige Planungssicherheit zu geben.

Hieran gilt es anzuknüpfen, wenn über Strukturentwicklungen und Veränderungen nachgedacht wird. Deshalb sind folgende Prämissen aus Sicht der CDU Brandenburg von zentraler Bedeutung:

Vertrauen stärken – gemeinsame Vereinbarungen einhalten

Erstens sind in einer Strukturkommission die Ausgangs- und Rahmenbedingungen zu analysieren. Zweitens sind wirtschaftliche und technische Voraussetzungen zu betrachten (Netze, Speicher, Kosten). Erst nach der Klärung der ersten und zweiten Stufe könnte dann über Maßnahmen beraten werden, sofern es dafür tragfähige Entscheidungsgrundlagen gibt. Es sollte in den Koalitionsgesprächen dringend darauf geachtet werden, dass diese Reihenfolge eingehalten und verbindlich verabredet wird. Weiterhin müssen die Vertreter der betroffenen Regionen aus den Ländern von Beginn an in den Diskussionsprozess einbezogen werden. Dies betrifft sowohl die Repräsentanten der Landesregierungen und Landtage, als auch Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft sowie Kammern, Verbände und weiterer Institutionen.

- Die Zukunft der Lausitz muss verbindlich auf der Basis einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern Brandenburg und Sachsen, den Landkreisen, vertreten durch die Wirtschaftsregion Lausitz, und den betroffenen Kommunen sowie weiteren Partnern geregelt werden
- Ziel des Vertrages ist es, die Folgen des Verlustes der fossilen Energiewirtschaft auszugleichen, um die Lausitz als Industriestandort zu erhalten und den Menschen eine Perspektive für die Zukunft zu geben
- Insbesondere ist festzuschreiben das der infrastrukturelle Ausbau, die Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes, die Ansiedelung von Bundeseinrichtungen in die Region sowie die Entwicklung der kulturellen und touristischen Potentiale ausdrückliche Ansatzpunkte der Förderung sind.

Chancen und Herausforderungen realistisch einordnen

Für eine erfolgreiche Energiewende, die zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beiträgt, kann auf die konventionelle Energieerzeugung so lange nicht verzichtet werden, bis die erneuerbaren Energien eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten können.

- Braunkohle sichert die Stromversorgung in Deutschland rund um die Uhr und kann flexibel die volatile Einspeisung der Erneuerbaren Energien ausgleichen
- Zu einer umfassenden Analyse gehört die Betrachtung der Chancen und Potentiale zur technologischen Weiterentwicklung der Braunkohlenutzung: Verbesserungen beim Wirkungsgrad der Kraftwerke und Reduzierung der Emissionen oder Nutzung der Abwärme müssen geprüft werden – und zwar ohne Vorurteile

- Entwicklung der Lausitz zur Modellregion im Themenfeld „Wiederherstellung von Ökosystemen und Lebensräumen in der Bergbaunachfolge und Revitalisierung von Gewerbe- und Industriebrachen an ehemaligen Kraftwerksstandorten
- Aufbau von Demonstrationsanlagen für Power-to-Heat und Power-to-Gas Anwendungen sowie von Demonstrationsanlagen für Energiespeichersysteme

Langfristige Strukturentwicklung sicherstellen

Damit der bevorstehende strukturelle Anpassungsprozess in den Braunkohlerevieren gelingt, ist die Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte erforderlich. Die Maßnahmen zur Strukturentwicklung müssen von Beginn an darauf ausgerichtet sein, die wirtschaftliche und soziale Stabilität der betroffenen Regionen zu erhalten. Dies setzt eine konsistente Strategie für jede betroffene Region voraus (z.B. Masterplan Lausitz) und beinhaltet insbesondere:

- die Verständigung auf die Lausitzformel: Für jedes abgeschaltete Gigawatt Kraftwerksleistung müssen mit staatlicher Unterstützung Investitionen erfolgen, damit eine industrielle Leistung im gleichen Wert und damit gute Arbeitsplätze vor Ort entstehen
- umfassende finanzielle Mittel für besondere Aufgaben bereitzustellen (z.B. Sonderfonds Lausitz und Unterstützung der elf europäischen Kohlegebiete mit EU-Mitteln, insbesondere unter Nutzung des im ETS angelegten „**Just Transition Fund**“, der explizit vom Europäischen Parlament gefordert wurde. Mit Unterstützung der EVP-Fraktion fordert das Europäische Parlament, dass Regionen, die aufgrund des Klimaschutzes vor einem Strukturwandel stehen, auch aus den Erlösen des Emissionshandels unterstützt werden
- ein regionales Steuerungsgremium einzusetzen, welches aus Vertretern der Bereiche Politik, Wirtschaft und Wissenschaft besteht
- die bisher gebildeten Strukturen, wie z.B. die Innovationsregion Lausitz GmbH bzw. die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, künftig stärker zu unterstützen und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen
- den Ausbau der verkehrstechnischen und digitalen Infrastruktur für die Region zu priorisieren und voranzutreiben:
 - Ausbau der Straßenverbindungen nach Dresden, Leipzig, Breslau und Berlin, darunter der 6-streifige Ausbau der A 13 vom Spreewalddreieck zum Schönefelder Kreuz, der 3 + 1 Ausbau der Bundesstraßen B 87, B 169 usw.

- Flächendeckende Verlegung von Glasfasernetzen zur Versorgung der Region mit High Speed Internet im Gigabitbereich
- Aufbau eines flächendeckenden Mobilfunknetzes im 5G-Standard
- mittelständische Unternehmen finanziell und bei Anpassungsprozessen zu unterstützen und Planungszeiträume deutlich zu straffen
- verstärkt und zielgerichtet Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer in der Region anzubieten

Zeitnah Perspektiven eröffnen, Innovationen unterstützen

Neben den konkreten Maßnahmen zur Begleitung der Strukturentwicklung müssen Impulse für Chancen eröffnet werden, die langfristig dazu beitragen ein positives Innovationsklima und wirtschaftliche Dynamik zu schaffen. Dazu zählt beispielsweise:

- Innovationen, Wissenstransfer und Marketingstrategie müssen strategisch verknüpft und professionell entwickelt werden → Lausitz als Marke
- Ausweisung der Lausitz als (europäische) Modellregion, beispielweise in den Feldern eMobility (Batteriewerk in Kamenz, BASF als Zulieferer) oder eHealth als Pilotprojekt im ländlichen Raum
- Flexibilisierung von Standards im Rahmen von Öffnungs- und Experimentierklauseln
- Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der BTU Cottbus-Senftenberg zum Thema Strukturentwicklung
- Identitätsstiftende und strukturelevante Ereignisse zum Beispiel unter dem Motto: „Strukturentwicklung – vom Tagebau zur Gesellschaft 4.0“ in die Lausitz holen
- Gezielte Ansiedlung von staatlichen Behörden und Einrichtungen in den betroffenen Regionen, beispielsweise Ansiedlung der neu aufzubauenden Autobahngesellschaft
- Brandenburg muss dafür Sorge tragen, dass im Rahmen des Netzentwicklungsplans „Strom 2030“ das Stromnetz so modifiziert wird, dass in der Lausitz Wertschöpfungspotentiale aus der Umwandlung von Kohle zu Gas (Power-to-Gas) gehoben werden können
- Unterstützung des autonomen und vernetzten Fahrens, unter anderem durch das europäische Innovationszentrum der Mobilität der DEKRA am Lausitzring.

Anpassung an Realitäten, Handlungsfähigkeit bewahren

Ein Umstieg von der fossilen Energieerzeugung soll nicht in festen Zeitwängen erfolgen, sondern im Rahmen flexibler und anpassungsfähiger Zeitkorridore:

- Politische Maßnahmen müssen besser koordiniert werden (langfristige Perspektiven, verbindliche Zusagen) = Planungssicherheit
- eine wissenschaftliche Begleitung bei der Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte und ein systematisches Monitoring bei der Umsetzung der Einzelprojekte ist erforderlich
- Die tatsächlichen Entwicklungen müssen kontinuierlich überprüft, begleitet und regelmäßig evaluiert werden, um gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen
- Nicht nur nationale Entwicklungen und Ziele müssen verfolgt und umgesetzt, sondern auch die Entwicklung in der EU und vor allem unserer Nachbarländer berücksichtigt werden

Ingo Senftleben
Landesvorsitzender
der CDU Brandenburg

Michael Stübgen
Vorsitzender der Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Dr. Christian Ehler
Mitglied des Europäischen
Parlaments

Holger Kelch
Oberbürgermeister
der Stadt Cottbus